Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark
Girokonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89
Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Heimat und Welt"

Schriftleitung: Erich Schmidt, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familen- und Kleine Anzeigen . . . . 7 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
:-: Postscheckkonto Nr. 404 49 Amt Köln :-:

Nummer 120 | Fernsprecher Nr. 1 | Laasphe, Freitag den 23. Mai 1930 | 55. Jahrgang

Aus den Parlamenten

Für Erhaltung des Welfenschatzes — Gegen Abgabe der Nefretete

Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann mit der Einzelberatung des Reichsministeriums des Innern. Zu den Verwaltungsausgaben wurde eine sozialdemokratische Entschließung angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf über eine umfassende Reichsreform insbesondere mit dem Ziele der Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen und einer zweckmäßigen Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern vorzulegen.

Bei Behandlung des Etatskapitels: „Förderung kultureller und künstlerischer Zwecke" wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Theater im Osten besonders der Unterstützung bedürfen, auch wurde verlangt, daß der Welfenschatz, der jetzt in der Schweiz käuflich sei, für ein deutsches Museum erworben werden müßte, da sonst die Gefahr bestehe, daß dieses einzigartige Denkmal deutscher Handwerkskunst demnächst in Privathände gelange. Die Herausgabe der Nefretete an Aegypten fand entschiedenen Widerspruch. Man tausche für dieses kostbare Stück nur Doubletten ein, deren Wert in keinem Verhältnis zur Nefretete-Büste stehe. Statt dessen solle man sich lieber das Geld für den Erwerb des urdeutschen Welfenschatzes von Aegypten auszahlen lassen.

Der deutsch-österreichische Handelsvertrag

im Reichsrat angenommen.

Berlin, 23. Mai. Im Reichsrat wurde am Donnerstag der deutsch-österreichische Handelsvertrag unverändert angenommen. Bayern enthielt sich der Stimme, nachdem der bayrische Gesandte v. Preger erklärt hatte, daß Bayern dem Vertrag leider nicht zustimmen könne, da er große Teile der bayrischen Wirtschaft, besonders die Forstwirtschaft schwerwiegend benachteilige. Weiter wurden genehmigt ein deutsch-persisches und ein deutsch-österreichisches Abkommen über Fragen des gegenseitigen gewerblichen Rechtsschutzes und des gegenseitigen Schutzes des Urheberrechts.

„Graf Zeppelin" in Südamerika gelandet

Begeisterter Empfang.

Newyork, 23. Mai. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist gestern abend um 23 Uhr M.E.Z. auf dem Flugplatz Jequia bei Pernambuco glatt gelandet.

In einem Funkspruch aus Pernambuco wird das Luftschiff „Graf Zeppelin" um 22 Uhr 30 Min. MEZ. über Recife (Pernambuco) gemeldet. Das Luftschiff tauchte am Horizont im Nordosten jenseits des Strandes von Olinda auf und flog ganz niedrig über die Stadt Pernambuco hinweg. Es nahm dann Kurs auf den Flugplatz, der etwa 10 Minuten außerhalb der Stadt liegt. Eine große Menschenmenge begrüßte das Luftschiff durch Händeklatschen und Schwenken von Hüten und Taschentüchern. Die berittene Polizei hatte große Mühe, die mit Gewalt vordrängende Menge zurückzuhalten. Ungeheurer Jubel brach aus, als der Beobachter auf der benachbarten Anhöhe die Nachricht weitergab, daß „Graf Zeppelin" im Anflug sei. Der Enthusiasmus steigerte sich zu ohrenbetäubenden Beifallsstürmen, als das Luftschiff sich zum Landen anschickte. Viele hundert Mann Polizei und Feuerwehr waren dabei, die ausgeworfenen Taue zu ergreifen und das Luftschiff langsam zum Ankermast zu ziehen. Da die Dunkelheit bereits angebrochen war, wurde das Flugfeld mit Bogenlichtern und Scheinwerfern taghell erleuchtet. In der Höhe des Lichtes glänzte der metallische Rumpf des Luftschiffes silbern.

Nach einem in Friedrichshafen eingegangenen Funkspruch wird der „Graf Zeppelin" am Sonnabend nach Rio de Janeiro weiterfliegen; nach anderen Meldungen soll der Aufenthalt in Rio nur kurz sein, damit schon Anfang nächster Woche der Flug nach Gabana angetreten werden kann.

Ueber den letzten Teil der Fahrt wurde berichtet:

Rio de Janeiro, 22. Mai.

Hier vorliegenden Meldungen zufolge erfolgte die Ueberfliegung des Aequators 12.30 Uhr mitteleuropäischer Zeit, und zwar 250 Meilen von der Insel Fernando de Noronha entfernt. Die Insel wurde dann nach einer um 5 Uhr vorliegenden Meldung ebenfalls überflogen. Der Kurs des Luftschiffes war Süd—West. Es traf nach dem Passieren der Insel günstigere Luftströmungen an, so daß es mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 120 Kilometern der Küste zusteuerte.

Begeisterung in Brasilien

Zahlreiche Bewohner aus den Städten des Inneren kommen nach der Hauptstadt, um der Zeppelin-Landung beizuwohnen.

Unter den Schaulustigen ist das deutsche Element stark vertreten.

Zwischen der Flugplatzbehörde und dem Condor-Syndikat ist vereinbart worden, daß der Zutritt zu dem Flugplatz kostenlos ist.

Für die Nahbesichtigung des Luftschiffes werden sechs Dollar erhoben werden.

Auf dem Landungsplatz in Pernambuco mit seinem der Sichtbarkeit wegen rot-weiß angestrichenen Ankermast, entwickelt sich bereits lebhaftes Treiben in der nach Tausenden zählenden Menge, die aus dem Hinterland und den Nachbarstaaten zusammengeströmt ist, um den Zeppelin zu sehen. Auch sonst selten gesehene Typen kann man beobachten, wie zum Beispiel sogenannte Sertanejos, mit Flinten und Patronengürteln ausgestattete Siedler der abgelegenen Gegenden, die der Zeppelin-Landung wie einem Wunder entgegensehen.

An der höchstgelegenen Stelle des Flugplatzes ist ein Postendienst eingerichtet, der das Auftauchen des Zeppelins am Horizont sofort melden wird. Für die Verpflegung der erwarteten Riesenmengen sind umfangreiche Vorbereitungen getroffen.

Milliarden-Defizit im Reichshaushalt

Die Regierung in Bestürzung — Sparmaßnahmen geplant
Neue Steuererhöhungspläne auf Zigaretten und Bier.

* **Berlin,** 22. Mai.

Die Debatte über den Etat des Reichswehrministeriums im Reichstage verlief im ganzen genommen friedlich. Auch die Hauptgegnerschaft, die der Sozialdemokraten, richtet sich nicht gegen die Wehrmacht selbst oder gegen den Wehrgedanken, sondern sie sucht sich ein Feld aus, auf dem im Augenblick größere Wirkung erzielt werden kann: die finanzielle Seite des Etats und die Frage, ob sein gegenwärtiger Umfang mit der wirtschaftlichen Gesamtlage Deutschlands in Einklang steht.

Das Defizit kommt einmal aus der Arbeitslosenversicherung, zum anderen aus dem Etat direkt. Die wachsenden Arbeitslosenziffern haben gezeigt, daß die vorjährige Behauptung, es handele sich um eine einmalige Erscheinung als Folge des abnormen Winters, nicht zutreffend war. Es handelt sich vielmehr um die Folge weltwirtschaftlicher Krisenzustände.

Im Vorjahr stritt man sich um eine durchschnittliche Erwerbslosenziffer von einer Million. Das Reichsfinanzministerium rechnet aber jetzt mit mindestens 1,6 Millionen Arbeitslosen als Durchschnitt. Aehnlich liegen die Dinge in der Krisenfürsorge.

Im Haushalt selbst ist das Defizit durch unvermutet starke Rückgänge bei den Einnahmen aus Steuern und Zöllen hervorgerufen worden. Was die Mindereinnahmen anbelangt, so betragen sie allein im April 47 Millionen Mark. In den folgenden Monaten werden sie stark beeinflußt von dem Ausfall der Getreideernte und der Höhe der Zölle bei der Getreideeinfuhr.

Die Gesamtsumme des Fehlbetrages aus beiden Quellen wird zum Teil mit phantastisch hohen Ziffern angegeben. Wenn diese auch nicht ohne weiteres als richtig angenommen werden kann, so ist doch soviel sicher, daß der Fehlbetrag jede Vorausberechnung übertrifft und die Regierung selbst in Bestürzung versetzt ist.

Nach vorläufigen Schätzungen dürfte das Gesamtdefizit die Höhe von etwa 1 Milliarde erreichen, da die Mindereinnahmen wenigstens 200 Millionen, die Mehrausgaben in der Arbeitslosenversicherung mindestens 500 Millionen und in der Krisenfürsorge etwa 250 bis 300 Millionen betragen werden.

Die Kosten des Osthilfsprogramms sind bei diesen Defizitberechnungen noch gar nicht einmal berücksichtigt.

An Deckungsplänen zur Ausgleichung des riesigen Defizits, das für den Kredit des Reiches große Gefahren heraufbeschwört, ist vor allem an das befristete Notopfer der Festbesoldeten bzw. an die Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung um 1 Prozent zu nennen. Ferner sind rigorose Sparmaßnahmen geplant sowie Steuererhöhung bei Zigaretten und Bier und Aussetzung der Zuweisungen für den Anleiheablösungsfonds und den Fonds zu Tilgung der Rentenbankschuld.

Fällt die Warenhaussteuer?

Im Steuerausschuß des Reichstags kündigte am Donnerstag der kommunistische Redner an, daß seine Partei — ebenso wie die Sozialdemokraten und das Zentrum — für die Wiederaufhebung der Sonderumsatzsteuer für Warenhäuser und Konsumgenossenschaften eintreten würde.

Durch diese Erklärung ist eine Mehrheit für die Wiederbeseitigung dieser Steuer gesichert.

Wehrdebatte im Reichstag.

Zweiter Tag der Beratung des Reichswehretats.

Berlin, 22. Mai.

Der Reichstag setzte am Donnerstag nachmittag **die zweite Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums** fort.

Abg. **Brüninghaus** (DVp.) erklärte, die Zeiten seien glücklicherweise vorüber, wo man die alte Armee als eine veraltete Organisation hingestellt habe, die nur aufgebaut war auf Kastengeist, Disziplin, Manneszucht und Selbstzucht würden immer die Faktoren sein, die die innere Stärke einer Wehrmacht ausmachen. Zum Vergleich mit den deutschen Reichswehrangehörigen, der jährlich 4930 Reichsmark kostet, kann nur der englische Soldat herangezogen werden, der kostet jährlich 6000 Reichsmark. Die Ausgaben für die deutsche Wehrmacht sind fast über das Maß des Erträglichen hinaus gedrosselt worden. Wir geben dafür 700 Millionen aus, während die Vereinigten Staaten von Amerika allein für ihre Luftrüstung eine Milliarde aufwenden. Das hysterische Geschrei der französischen Presse über geheime deutsche Rüstungen sind unwürdig, denn die französischen Militärs wissen genau, wie falsch diese Behauptungen sind. Wir protestieren gegen die Art und Weise, wie jetzt in Frankreich die Gemüter aufgepeitscht werden und wie dort der Zerstörungsfanatismus an die Oberfläche tritt. Dadurch können nicht



Abmarsch der Franzosen aus Bingen.

jene Gefühle persönlicher Art geweckt werden, die Briand braucht, wenn er seinen Paneuropaplan verwirklichen will. (Beifall.)

Abg. Dr. **Külz** (Dem.) wies darauf hin, daß die Reichswehr eine staatsnotwendige Einrichtung sei, die außenpolitisch und innenpolitisch nicht entbehrt werden könne. Der große und sittliche Gedanke der Friedensbestrebungen sei, die Idee des Rechts zum ethischen Gesetz im Zusammenleben der Völker zu erheben. Die Demokratische Partei fördert dieses große Menschheitsziel mit aller Kraft, aber sie verkennt doch nicht, daß bis zur Erreichung dieses Zieles ein langer und mühsamer Weg zurückzulegen sein wird. Solange dieser Weg nicht zurückgelegt ist, kann auch Deutschland aus Gründen der Selbsterhaltung nicht jeder bewaffneten Macht entbehren.

Abg. **Francois** (Wirtschp.) betonte, daß Deutschland ein Heer brauche, um nicht zum Durchmarschgebiet und zum Spielball anderer Mächte zu werden. Die Reichswehr müsse losgelöst sein von allen Parteien. Frankreich habe seinen Heeresetat in einem einzigen Jahre um mehr erhöht, als die Kosten der ganzen deutschen Reichswehr betragen. Erfreulich sei, daß der Minister alle politischen Einflüsse im Heer abwehre.

Abg. **von Lindeiner-Wildau** (Volkskonservativ) wies darauf hin, daß sich an keiner anderen Stelle unseres staatlichen Lebens so deutlich zeige, wie beim Wehrhaushalt, daß das Deutsche Reich noch nicht wieder im vollen Besitz seiner Souveränität sei. Wie unendlich tief die Eingriffe in unsere Wehrfreiheit sind, ergebe sich daraus, daß das Maß des uns zugestandenen Selbstschutzes wesentlich geringer sei als die Forderungen, die die deutsche Sozialdemokratie vor dem Kriege in ihrem Wehrprogramm niedergelegt hat. (Hört, hört!) Trotz der Beschränkungen können wir auf unsere Wehrmacht stolz sein. Von einseitiger Parteipolitik muß sie sich freihalten. Für die Wehrmacht gibt es nur eine Autorität: Sieg des Inhabers der legalen Staatsgewalt.

Abg. **Loibl** (Bayr. Vp.) wandte sich gegen weitere Streichungen am Wehrhaushalt über die von den Regierungsparteien bereits beantragten Streichungen hinaus. Mit Schriften, wie sie von der Deutschen Friedensgesellschaft verbreitet worden seien, diene man weder dem inneren noch dem deutschen Frieden.

Reichswehrminister **Groener** erklärte, es wäre sinnlos und verbrecherisch, unsere 10 Divisionen zum Angriff gegen irgendeinen unserer Nachbarn zu verwenden. Wir müssen aber in den Grenzen des Versailler Vertrages alles tun, um unsere Streitkräfte so nutzbar zu machen, daß sie ein Hindernis für jede fremde Streitmacht bedeuten, deutschen Boden zu besetzen. Ein Volk, das nicht mehr den Willen hat, sich zu wehren, gibt sich selbst auf. (Beifall.) Kein Völkerbund wird einschreiten, um ihm Fesseln abzustreifen, die es sich selbst anlegen ließ. Beim Panzerschiff A haben wir gezeigt, daß trotz der uns auferlegten Beschränkungen auf zehntausend Tonnen aus einer uns zugemuteten Dummheit eine Klugheit gemacht werden kann. Der Geist läßt sich eben nicht in Fesseln schlagen. Unsere Flotte bildet eine wertvolle Ergänzung der Landstreitkräfte. Als im vorigen Jahr die Streichungskommission arbeitete, habe ich meine Zustimmung zu den großen Streichungen nur unter der Voraussetzung gegeben, daß in diesem Jahre die Mittel erhöht würden. Das wurde protokollarisch festgelegt, und der sozialdemokratische Minister Dr. Hilferding war dabei. (Hört! Hört! und Heiterkeit.) Der von bemerkenswerter französischer Seite erhobene Vorwurf, die Höhe unseres Wehrhaushalts sei besorgniserregend, läßt sich leicht widerlegen. Der diesjährige Wehrhaushalt bleibt um 50 Millionen zurück hinter dem Nutzeffekt des Normaljahres 1928. Die Mehrausgaben im diesjährigen französischen Heeresetat sind dagegen so hoch, wie unser ganzer Wehrhaushalt. (Hört! Hört!) Ich kann also dem Urteil der Welt die Entscheidung darüber überlassen, ob der französische Vorwurf berechtigt ist.

Abg. Ritter v. **Epp** (Nat.-Soz.) erklärte, daß gerade die Nationalsozialisten für die Aufrechterhaltung des Wehrwillens einträten. Dem Wehrminister spreche seine Partei schärfstes Mißtrauen aus, und sie werde dem kommunistischen Antrag zustimmen. Der Wehrminister habe nationalsozialistische Offiziere mittellos auf die Straße geworfen, obwohl sie nicht den geringsten vaterlandsfeindlichen Akt begangen haben.

Abg. **Künstler** (Soz.) verlangte Auskunft über die Kieler Munitionsschiebungen, über die sich das Wehrministerium anscheinend ausschweigen wolle (Minister Groener: Nein, ich werde Ihnen sehr deutlich antworten).

Abg. von **Treitzo** (Dn.) kritisierte den Geist, der in der bevorstehenden Reichsbannerfahrt nach dem Chemin des Dames zum Ausdruck komme, die angesichts der französischen Rüstungen mit deutschem Tributgeld eine Groteske sei. Im übrigen begründete der Redner deutschnationale Anträge auf Erhöhung einzelner Titel des Wehrhaushalts.

Reichsminister **Groener** bezeichnete die Ausführungen des Abgeordneten Künstler als unerhört. Der Minister stellte fest, daß das gerichtliche Verfahren bis zur letzten Instanz durchgeführt werde. Gegen jeden etwaigen Schuldigen der Wehrmacht werde er rücksichtslos einschreiten. Die Behauptung, daß das Verfahren vom Wehrministerium verschleppt worden sei, weise er auf das allerschärfste zurück. Das Gegenteil sei richtig. Das Verhalten des Abg. Künstler als eines Mitgliedes einer bisherigen Regierungspartei sei der Gipfel der Verantwortungslosigkeit. (Lärmende Zwischenrufe bei den Soz.)

Gegen einhalb neun Uhr wurde die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Ministerpräsident Braun gegen den Staatsgerichtshof.

Berlin, 22. Mai.

Im Preußischen Landtag nahm Ministerpräsident **Braun** bei der dritten Beratung des Haushalts des Staatsministeriums auf Grund einer deutschnationalen Interpellation gegen das Urteil des Staatsgerichtshofes in der Frage der Haltung der Beamten zum Volksbegehren Stellung. Er betonte, die Frage der deutschnationalen Landtagsfraktion hätte der Staatsgerichtshof von vornherein abweisen müssen, da nach der geltenden Rechtsauffassung nur an der Gesetzgebung beteiligte Organe, nicht einzelne Personen oder Personengruppen berechtigt seien, beim Staatsgerichtshof Verfassungsstreitigkeiten anhängig zu machen. Es müsse auch beachtet werden, daß die ganze Klage sich gegen eine Ministerrede richtete, die den Beamten amtlich zur Kenntnis gebracht war. Es würde zu ganz unmöglichen Folgerungen führen, wenn der Staatsgerichtshof sich als Zensurbehörde über Reden, die die Minister im Parlament hielten, auftun wollte. Es liege aber nun einmal im Streben des Staatsgerichtshofes, mangels fester gesetzlicher Umgrenzung seiner Zuständigkeit diese in weitestgehendem Maße auszudehnen. Man könne sich der Vermutung nicht ganz entziehen, daß der Staatsgerichtshof sich bei dieser Entscheidung mehr von dem Gesichtspunkt politischer Zweckmäßigkeit als vom Rechtsstandpunkt habe leiten lassen. Ueberaus bedenklich sei auch der materielle Inhalt der Entscheidung, daß die Beamten sich ohne Rücksicht auf den Inhalt eines zugelassenen Volksbegehrens stets einzeichnen dürfen. Das müßte zu einer völligen Untergrabung der für eine geordnete Staatsverwaltung unerläßlichen Disziplin der Beamtenschaft führen. Da die Staatsregierung also erhebliche Bedenken gegen das Urteil des Staatsgerichtshofes habe, sei sie nicht nur berechtigt, sondern im Interesse der Wahrung einer geordneten Staatsverwaltung geradezu verpflichtet, den eingeleiteten Verfahren ihren Fortgang zu geben.

In der Aussprache gab Abg. **Steinhoff** (Dn.) eine Erklärung ab, in der es heißt, daß das in jahrelangen Beobachtungen erwachsene Mißtrauen seiner Fraktion gegen den Ministerpräsidenten durch dessen Ausführungen nur noch verstärkt worden sei. Nach einer Aufzählung der politischen Vorgänge, die das Mißtrauen der deutschnationalen Fraktion hervorgerufen und gestärkt haben, kommt die Erklärung zu dem Schluß, daß die Fraktion die Bewilligung des Ministerpräsidentengehalts ablehnen werde. Die Deutschnationalen seien zu gemeinsamer politischer Arbeit mit jeder Fraktion bereit, die zur rücksichtslosen Umstellung des gegenwärtigen Systems entschlossen sei.

Abg. Dr. **Hamburger** (Soz.) stellte mit Befriedigung fest, daß trotz der finanziellen Notlage ein Grenzfonds von 15 Mill. neu geschaffen und die sozialen Ausgaben erhöht werden könnten.

Abg. **Verhülsdonk** (Z.) machte auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die dem Ausgleich des Haushalts entgegengestanden hätten. Die in der Grundsteuererhöhung gefundene Lösung sei noch die sozialste. Auch das Zentrum begrüße den Grenzfonds. Es gehe aber nicht an, aus ihm die Fehlbeträge der Kommunalhaushalte zu decken.

Abg. **Jendrosch** (Komm.) bekämpfte die Politik der Regierung, die zu immer größerer Verelendung der breiten Massen und zur Steigerung der Arbeitslosigkeit geführt habe. Noch nie sei die Arbeiterschaft so ungehemmt ausgebeutet worden wie in der kapitalistischen Republik der Müller-Braun und Genossen.

Abg. **Stendel** (DVp.) bezeichnete die Ausführungen des Ministerpräsidenten zu dem Urteil des Staatsgerichtshofes als der Staatsautorität abträglich und die Behauptungen des Ministerpräsidenten, daß der Staatsgerichtshof sich von Zweckmäßigkeitsgründen habe leiten lassen, als unverantwortlich.

Finanzminister **Dr. Höpker-Aschoff** erklärte, die Regierung sei zu einer möglichst klaren Darlegung der außerplanmäßigen Ausgaben, wie sie ein Antrag der Deutschen Volkspartei verlange, durchaus bereit. Es handele sich aber um eine Fülle kleiner Beträge, die man im einzelnen garnicht ausführlich behandeln könne. Die Regierung sei bemüht, die außerplanmäßigen Ausgaben in möglichst engen Grenzen zu halten.

Abg. **Riedel** (Dem.) warnte davor, bei den Verhandlungen über das Saargebiet freiwillig preußische Rechtsansprüche aufzugeben.

Abg. **Kohrt** (Wirtschp.) verlas eine Erklärung seiner Partei, in der betont wird, daß der Versuch einer bürgerlichen Regierung im Reich der nachdrücklichen Unterstützung durch eine entsprechende Politik in Preußen bedürfe. Eine Regierung, in der die Sozialdemokratie existiere, sei nicht geeignet, die ungeheuerliche Mißwirtschaft der letzten zehn Jahre zu beseitigen, der öffentlichen Verschleuderung und steuerlichen Ausplünderung der Staatsbürger Einhalt zu gebieten und die Korruption abzustellen.

Darauf trat eine Pause ein. — Die Weiterberatung erfolgt in einer Abendsitzung, die um 6½ Uhr beginnt.

Kurznachrichten.

Der Steuerausschuß des Reichstages hat das Ermächtigungsgesetz zur steuerlichen Erleichterung und Verbilligung der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft angenommen.

*

Der Aeltestenrat des Preußischen Landtags machte sich am Donnerstag dahin schlüssig, daß das Plenum am Freitag in die Pfingstferien geht. Die dritte Lesung des Haushaltes soll am Freitag abgeschlossen und der Haushalt verabschiedet werden.

*

Die Münze von Paris hat anläßlich des Inkrafttretens des Youngplanes Erinnerungsmünzen an den Friedensschluß geschaffen, auf denen Clémenceau, Poincaré und Briand dargestellt sind.

*

Präsident Hoover erklärte, er wünsche, daß der Londoner Flottenvertrag vom Senat vor dessen Vertagung erledigt werde.

*

Als ein Wasserflugzeug in Quintero (Chile) landen wollte, stieß es mit dem Kraftwagen des hiesigen Bürgermeisters zusammen. Der Pilot und vier junge Mädchen wurden getötet und sechs andere Personen schwer verletzt.

Arbeiterentlassungen vermieden.

Aus der Sitzung des Reichskabinetts.

Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich auch in seiner Donnerstagssitzung mit der wirtschaftlichspolitischen Lage in der Gesamtheit. Die auf Grund des letzten Kabinettsbeschlusses seit einigen Tagen mit dem Reichstag geführten Verhandlungen haben das beabsichtigte Ergebnis gezeitigt, daß schon jetzt alle für 1930 vorgesehenen Lieferungsaufträge vergeben und Arbeiterentlassungen daher nicht erfolgen werden.

In der weiteren wirtschaftspolitischen Kabinettsaussprache wurden Beschlüsse noch nicht gefaßt, vielmehr wird das Reichskabinett, das sich in seinen letzten Sitzungen wiederholt mit der Sanierung der Arbeitslosenversicherung und der gesamten Finanzlage nebst Deckungsvorschlägen beschäftigt hat, nunmehr am kommenden Dienstag zu diesen Fragen entscheidend Stellung nehmen.

Bevorstehende Freigabe-Entscheidung

Newyork, 22. Mai

Wie aus Washington gemeldet wird, wird die Entscheidung in der Freigabefrage der deutschen Reedereien in etwa 6 Wochen ergehen. Der Schiedsrichter für die Entschädigung der deutschen Reedereien, Remick, hat mitgeteilt, daß Anträge und Beweismaterial nur noch bis zum 25. Mai entgegengenommen werden. Dem Kongreß ist der Antrag auf Bewilligung der restlichen 50 Millionen Dollar von Hoover zugeleitet worden. Den Angehörigen der ehemaligen deutschen Herrscherhäuser sollen keine Entschädigungen gezahlt werden. Die Entscheidung steht jedoch auch hierüber noch aus.

Krise in Oesterreich

Ein Ultimatum der Heimwehr

Wien, 22. Mai

Die innerpolitische Lage in Oesterreich hat über Nacht eine krisenartige Zuspitzung erfahren. Von den Heimwehren wurde dem österreichischen Bundeskanzler Schober ein Ultimatum überreicht, in welchem von den Heimwehren die Staatsgewalt gefordert wird. Man verlangt das Innenministerium und den Posten des Polizeipräsidenten, um die Auflösung des Republikanischen Schutzbundes und die Entwaffnung der „roten Staatsfeinde", wie es in dem Dokument heißt, durchführen zu können.

Die Bundesführung schlägt vor, daß die Heimwehren gemeinsam mit der Staatsexekutive die Entwaffnung der staatfeindlichen und volkszersetzenden Parteiorgane durchführen.

Bundeskanzler Dr. Schober empfing nochmals die Heimwehrführer Steidle, Pfriemer, Fürst Starhemberg und Major Pabst und erklärte ihnen, daß er die Forderungen für unannehmbar halte. Die Heimwehrführer lehnten die Entwaffnung, die durch die beabsichtigte Aenderung des Waffenpatentes von der Regierung geplant war, ab und erklärten, daß die Heimwehren nicht auf die gleiche Stufe gestellt werden dürften mit den „bewaffneten roten Organisationen."

Falls die Forderungen der Heimwehren nicht erfüllt werden, dann wollen nach dem Ultimatum die Heimwehren „niemals ihre Hand zu irgendwelchen gesetzgeberischen Maßnahmen hinsichtlich der Entwaffnung bieten".

Die Lage in Oesterreich ist also überaus gespannt, und die Regierung kann vor ernste Entscheidungen gestellt werden. Die Einmischung der Heimwehren in die Innenpolitik ist ungesetzlich. Wenn die Heimwehren indirekte Unterstützung bei den Christlich-Sozialen und bei einem Teil der Großdeutschen finden sollten, indem diese es nicht wagen, sich gegen die Heimwehren zu stellen, dann würde die Regierung Schober im Nationalrat die Mehrheit verlieren, und die Lage wäre dann äußerst bedrohlich, es sei denn, daß das Bundesheer unter Vaugoin und die Polizei unter Schober eine geschlossene Front gegen die Heimwehren bilden. Jedoch ist die Haltung der Christlich-Sozialen, der größten Regierungspartei, unklar.

Innerhalb der österreichischen Arbeiterschaft haben die Forderungen der Heimwehrführer größte Erregung hervorgerufen. Die „Arbeiterzeitung" verwahrt sich scharf dagegen, daß der Republikanische Schutzbund bei der Entwaffnung anders behandelt werden solle als die Heimwehr und fordert die Mitglieder des Schutzbundes auf, es sich nicht gefallen zu lassen, als Staatsfeinde und Verräter hingestellt zu werden. Die „Reichspost" gibt der Hoffnung Ausdruck, daß eine Verständigung gefunden werden möge, schon deshalb, weil sie gefunden werden müsse.

Kämpfe in Indien

Neuer Salzsturm verhindert. — Viele hundert Verletzte.

London, 23. Mai.

Die vorliegenden Meldungen aus Indien besagen, daß nach dem ersten Salzsturm ein neuer erbitterter Angriff auf das Salzlager in Dharasana von vielen Freiwilligen versucht worden ist. Die Polizei ging wiederum mit Knüppeln vor, wobei zahlreiche Personen verletzt worden sein sollen. Insgesamt sind bei den Zusammenstößen zwischen Salzstürmern und der Polizei in Dharasana 630 Personen verletzt worden. Man befürchtet weitere Zusammenstöße und hat deshalb 400 Mann indischer Truppen von Bombay nach Dharasana gebracht.

Auch auf das Salzlager Wadala wurde der Angriff erneuert. Die Polizei, die mit Knüppeln vorging, nahm 100 Freiwillige fest. Ein Vorstoß einer kleinen Freiwilligengruppe in Wadala gelang zum Teil, indem einige Salzstürmer Salz erbeuteten und damit die Flucht ergriffen.

Aus der Heimat

Freitag, den 23. Mai 1930.

Die Erhöhung des Schulgeldes in Preußen

Die angekündigte Vorlage über die Erhöhung des Schulgeldes an öffentlichen höheren Schulen ist am Donnerstag in Form eines Urantrages der Regierungsparteien im Landtag eingegangen. Die bisherige Regelung legte für das Schulgeld ein Maximum von 200 M. fest, ließ dabei einen 25prozentigen Zuschlag für auswärtige Schüler zu, der von den städtischen höheren Schulen erhoben werden kann. Die vorgeschlagene Neuregelung enthält hinsichtlich der Höhe des Schulgeldes die Bestimmung, daß das Schulgeld den dritten Teil der Kosten nicht übersteigen darf, die ein Schüler einer öffentlichen höheren Schule durchschnittlich verursacht. Der bisherige Höchstsatz wird aufgehoben. Geschwisterermäßigungen sollen in der Weise festgelegt werden, daß das Schulgeld für ein zweites Kind dreiviertel, für ein drittes Kind die Hälfte des regelmäßigen Satzes nicht übersteigen darf, und daß für das vierte Kind und weitere Kinder ein Schulgeld überhaupt nicht erhoben werden darf. Die Bewilligung von Geschwisterermäßigungen kann von der Stellung eines besonderen Antrages abhängig gemacht werden.

Im Interesse der Begabtenförderung sieht die Neuregelung die Bestimmung vor, daß von dem tatsächlichen Schulgeldaufkommen mindestens ein Viertel zur Förderung begabter minderbemittelter Schüler bereitzustellen ist. Aus diesem Betrage können Schulgeldermäßigungen und -freiungen, Erziehungsbeihilfen, Lernmittel und sonstige Unterstützungen zur Verfügung gestellt werden. Zulässig bleibt die Erhebung einer Aufnahmegebühr, deren Höhe der Genehmigung der Schulaufsichtsbehörden unterliegt. Weitere Zahlungen für besondere Zwecke werden von der Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde abhängig gemacht. Für auswärtige Schüler darf an nichtstaatlichen höheren Schulen ein Zuschlag bis zur Höhe von einem Viertel des Grundbetrages erhoben werden. Dieser Zuschlag darf nicht erhoben werden, soweit von einer Gemeinde oder einem Gemeindeverbande, dem der auswärtige Schüler entstammt, der Schule ein laufender Unterhaltungszuschuß gezahlt wird, der mindestens den 5. Teil des durchschnittlichen Kostensatzes beträgt. Ueber Schulgeldstaffelung wird bestimmt, daß die Erhebung von nach den wirtschaftlichen und Familienverhältnissen der Erziehungsberechtigten gestaffelten Schulgeldsätzen der Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde bedarf. Auf die Gewährung der Geschwisterermäßigung haben Ausländer keinen Anspruch. Das Gesetz über die Erhöhung des Schulgeldes soll am 1. Juli 1930 in Kraft treten.

Die Schwalben fliegen

In den sonnigen Lüften der helteren Tage erklingt der Schwalben munterer, silbriger Sang. Er scheint zu schweben wie der geschmeidige schnelle Vogel selbst dahinschwebt: getragen nur von Luft und Frohsinn, mit dem Wind und den Höhen spielend und elegante Schleifen ziehend. Um des Hauses Dach ertönt das Zwitschern, die alten Nester haben wieder ihre ehemaligen Besitzer bezogen, der Sang der Schwalben eilt über Feld und Flur hinein in den sommerlichen Tag und auf den Telephondrähten sitzen die schmucken gefiederten Herrschaften in Reihen, lassen Autos und Eisenbahnzüge an sich vorübersausen und denken immer nur wieder an die Ferne.

Mit leuchtendem Blick sieht des Hauses Vater die Einkehr seiner gewohnten freundlichen Gäste unter Dach und Stall. Ist es nicht so, daß diese zutraulichen Vögel nur bei guten Menschen hausen mögen? Bald werden sie zur Familie gehören, werden sie begleiten auf die Felder hinaus, werden in ihren späten Feierabend Lieder der Freude gießen und die Mutter wird dem Kleinsten das Nestchen zeigen, in dem das Pärchen wohnt und seine Kinder aufzieht.

Unser Gruß gilt diesen Vögeln des Sommers, die den Wolken benachbart fliegen und gleichwohl der Erde ganz nahe segeln, beide Welten sorglos und anmutig verbinden! Uralt ist unser heimliches Streben, es ihnen gleichtun zu können; auch wir wandern zwischen den Welten. Im Flug dieser Schwalben finden wir diese Sehnsucht erfüllt; hier ist alles Schönheit und Anmut, Freude und Erdbejahung, Schwerelosigkeit und wunschloses Glück.

*

—* **Durchgehende Abfertigung auf Reichsbahn und Kraftpoststrecken.** Voraussichtlich wird vom 1. Juni 1930 versuchsweise die durchgehende Abfertigung im Personen- und Gepäckverkehr zwischen Bahnhöfen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und Postanstalten an Kraftpoststrecken der Reichspost eingeführt. In den Versuch werden zunächst nur größere Bahnhöfe und etwa 50 Kraftpoststrecken einbezogen. Im Bezirk der Reichsbahndirektion Elberfeld kommen vorläufig für die durchgehende Abfertigung folgende Bahnhöfe in Frage: Altena (Westf.), Barmen-Hbf., Barmen-Ritt., Düsseldorf-Hbf., Elberfeld-Hbf., Elberfeld-Steinb., Gummersbach, Hagen (Westf.), Iserlohn, Lennep, Lüdenscheid, Menden (Kr. Iserlohn), Ohligs, Opladen, Remscheid-Hbf., Schwelm, Schwerte (Ruhr), Siegen, Solingen-Hbf., Unna, Vohwinkel, Wermelskirchen und Wetter. Im Durchgang über Privatbahnen ist die durchgehende Abfertigung nicht vorgesehen.

—* **Ein gutes Hasenjahr.** Wie man uns aus Jägerkreisen mitteilt, wird das Jahr 1930 voraussichtlich ein gutes Hasenjahr. Der erste Satz ist, begünstigt durch die warme Witterung, prächtig gediehen, und wer jetzt einen Spaziergang in den Wald macht, hat recht oft Gelegenheit, die jungen Häslein auf den Waldwegen und im Gebüsch munter hüpfen zu sehen. Wenn Raubwild und vor allem wildernde Hunde den Jungtieren nicht allzusehr zusetzen, dürften die Jäger sich auf einen guten Herbst freuen.

Laasphe:

—* **Die Schwüle des gestrigen Tages** ließ schon gegen Mittag auf Gewitterbildung schließen. Gegen 3 Uhr setzte dann auch ein ziemlich heftiges Gewitter mit Hagel ein. Glücklicherweise hielt der Hagel, der kaum die Stärke einer Erbse hatte, nur ganz kurze Zeit an, sodaß irgend welcher Schaden in Garten und Feld nicht entstanden ist. Eine nennenswerte Abkühlung ist nach dem Gewitter nicht eingetreten, so daß mit dem Eintritt wärmeren Wetters wohl jetzt gerechnet werden darf.

* **Ein Wasserleitungsrohrbruch in der Stadt** ist in der oberen Bahnhofstraße in der Nähe von Bertuch gefunden worden. Heute morgen hat man begonnen, die Bruchstelle freizulegen. Die Reparaturarbeiten hofft man bald beendigt zu haben.

*

Ehrung.

** Wallau. Vergangene Woche fand in Biedenkopf die Frühjahrsversammlung des Kreislehrervereins statt. Als Vortragenden hatte man Rektor Wickel aus Bad Nassau gewonnen, der sich seiner Aufgabe in bekannter Meisterschaft entledigte. Nachdem Schulrat Tilgner-Biedenkopf die notwendigen amtlichen Fragen besprochen hatte, wurde zur Wahl eines neuen Vorsitzenden geschritten, aus der Hauptlehrer Eisbein-Fellingshausen mit großer Stimmenmehrheit hervorging. Er tritt ein Amt an, das Rektor Menges aus Wallau lange Jahre mit seltenem Geschick und in vorbildlicher Treue bekleidet hat. Leider mußte er aus gesundheitlichen Gründen eine Wiederwahl ablehnen. Seine großen Verdienste um den Kreislehrerverein, dessen Gründer er ist, werden ihm unvergessen bleiben; er wurde einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

Turnen * Spiel * Sport.

Zur Förderung des Turn- und Sportwesens wurde vom Haushaltsausschuß eine Million Reichsmark bewilligt. Die Mittel dienen zur Unterstützung der großen, das gesamte Turn- Sport- und Wanderwesen umfassenden Reichsverbände, ferner zur Förderung vorbildlicher sportlicher Einrichtungen von allgemeiner Reichsbedeutung und zur Gewährung von Beihilfen für große deutsche und internationale Kampfspiele.

Aus Nah und Fern.

Tödlicher Verkehrsunfall.

— Siegen. In der Siegstraße, beim Eingang zur Brückenstraße, wurde die dreijährige Hannelore Müller von der Schemscheid von dem Anhängewagen eines zweispännigen Pferdefuhrwerks überfahren und getötet. Das Kind befand sich in Begleitung eines Vetters von ihr, der sich vor dem Anhängewagen begab, um sich auf die Deichsel zu setzen. Das Kind ist dem Jungen nachgelaufen, hat versucht, einem Radfahrer auszuweichen und ist dann unter das linke Hinterrad das Wagens gekommen, das ihm über den Kopf gegangen ist.

Wieder die alten Bierpreise.

— Attendorn. Die hiesigen Wirte haben beschlossen, die alten Bierpreise wieder einzuführen, weil sich die Kundschaft ablehnend gegen die Erhöhung ausgesprochen hatte.

Zwangsversteigerungen in der Landwirtschaft.

Von Karl Heinz Friedrich.

Das Institut für Konjunkturforschung in Berlin veröffentlicht eine Statistik, nach der die Zahl der in den erfaßten Ländern, d. s. Preußen, Bayern Sachsen, Württemberg, Hessen, Oldenburg, Braunschweig Anhalt, Sachsen Lippe-Detmold, Mecklenburg-Strelitz, Schaumburg-Lippe, Hamburg, Bremen und Lübeck, durchgeführten landwirtschaftlichen Zwangsversteigerungen im Geschäftsjahr 1928/229 (v. 1. 4. bis 31. 3.) 2367 Fälle umfaßte, bei einer zur Zwangsversteigerung gekommenen Fläche von 50 432 Hektar.

Das Bedenklichste an der Erscheinung ist das lawinengleiche Anwachsen von Jahr zu Jahr, das sich, soweit bisher feststellbar, im Rechnungsjahr 1929/30 sowohl hinsichtlich der Zahl der Zwangsversteigerungsfälle wie vor allem der Größe der zur Versteigerung gelangten Flächen in verschärftem Maße fortgesetzt hat. Wenn man die kleinste in der Statistik erscheinende Betriebsgrößengruppe (unter 2 Hektar), die wegen ihres Charakters nicht als typisch gelten kann, ausschaltet, so beweist das Rechnungsjahr 1925/226 gegenüber 1924/225 eine Erhöhung der Versteigerungen auf das 3fache auf, während 1926/27 die Erhöhung das 8½fache, 1927/28 das 9½fache, 1928/29 gar das 14fache der Zahl für 1924/25 betrug.

Betrachtet man jedoch das Bild der versteigerten Flächen, so ergibt sich ein noch wesentliche schnelleres Anwachsen der Steigerung. Legen wir wieder 1924/25 als Anfangsdatum zugrunde, so erhalten wir für 1925/26 das 4½fache, für 1928/29 aber schon das 24fache. Diese Resultate erleiden allerdings insofern eine gewisse Einschränkung, als sich in den vorangehenden Jahren die statistischen Erhebungen zum Teil noch nicht auf alle der 1928/29 erfaßten Gebiete erstreckten. Aber selbst mit einigen Abschwächungen reden sie noch eine recht eindringliche Sprache.

Ferner liegen bereits die Ergebnisse der ersten Hälfte des Rechnungsjahres 1929/30 vor (v. 1. April 1929 bis 30. September 1929). Obwohl in ihnen die Zahlen für Bayern noch nicht enthalten sind, beträgt in diesen sechs Monaten die Größe der zwangsversteigerten Fläche der Betriebe von 2 Hektar an nicht weniger als 48 048 Hektar gegenüber 49 854 Hektar für das ganze Jahr 1928/29. Rechnet man noch Bayern hinzu, so wird sicher allein in diesem halben Jahr die Zahl für 1928/29 nicht nur erreicht, sondern sogar noch übertroffen werden.

Was nun die Verteilung der Zwangsversteigerungen auf die einzelnen Größenklassen der Betriebe angeht, so ergibt sich schon aus der Beobachtung der oben genannten Zahlen mit ihrer unverhältnismäßig viel größeren Zunahme der versteigerten Fläche als der Zahl der Versteigerugsfälle, daß in ständig wachsendem Umfang der großbäuerliche und der Großbesitz betroffen wird. Diese Beobachtung wird bestätigt, wenn man den Prozentsatz der betroffenen Betriebe und Flächen für jede einzelne Größenklasse errechnet. Bei Zugrundelegung der letzten amtlichen Statistik der Betriebsgrößenklassen von 1925 findet man, daß die Häufigkeit der Zwangsversteigerungen, auf je hundert Betriebe berechnet, in der Größenklasse von 100 Hektar und mehr die der Klasse zwischen 20 Hektar und 100 Hektar um mehr als das Vierfache übertrifft, während diese letztere Klasse ihrerseits die Zahl der Versteigerungen in den mittleren und kleinen Betrieben um 100 bis 200 v. H. hinter sich läßt.

Nun wäre es aber völlig verfehlt, infolge der in der Tat auffallend hohen Versteigerungsdichte bei den Großbetrieben die Augen vor der Tatsache verschließen zu wollen, daß sich dieselbe Entwicklung auf die nachgeordneten Größenklassen zu übertragen beginnt. Noch 1924/25 war es nämlich so, daß der Prozentsatz der Versteigerungen in den niederen Größenklassen (2—5 Hektar, 5—20 Hektar, 20—100 Hektar) ungefähr der gleiche war. Schon in den beiden nächsten Jahren läßt sich aber eine Aenderung feststellen, dergestalt daß der Prozentsatz in jeder einzelnen dieser Klassen erheblich schneller wächst als der der nächstniedrigen. Diese Tendenz hat sich allgemein durchgesetzt und vor allem die großbäuerlichen Betriebe erfaßt, deren Zwangsversteigerungsdichte sogar schneller als die des Großbesitzes zugenommen hat.

Ihre Erklärung dürfte diese Tendenz darin finden, daß die Betriebe um so mehr der Ungunst der allgemeinen Lage ausgesetzt sind, je mehr sie auf die Marktwirtschaft eingestellt sind; das bedeutet aber heute Verkauf der Erzeugnisse zu völlig ungenügenden Preisen und dagegen Einkauf der gegenüber der Vorkriegszeit viel teurer gewordenen Rohstoffe und Bezahlung der Löhne von dem niedrigen Erlöse.

Der Wassereinbruch auf Zeche Auguste-Viktoria. Zur Betriebslage auf der Zechengewerkschaft Auguste-Victoria in Hüls bei Recklinghausen wird von der Verwaltung über den Stand am 22. Mai mitgeteilt, daß das Heben des Wassers mit Fördermaschinen eingestellt werden konnte, daß das Wasser nunmehr durch Pumpen entfernt wird. Man nimmt bereits die Reinigung der Schächte in Angriff und beabsichtigt, am Freitag, den 23. Mai, mit einem Teil der Belegschaft wieder anzufangen. Man rechnet ferner damit, in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder die alte Förderung zu erreichen.

Ein Frankfurter Gelehrter tödlich verunglückt. Der seit einigen Wochen in Bad Homburg zur Kur weilende Frankfurter Universitätsprofessor Dr. Wülker ist nachts aus einem Fenster der Homburger Flersheim-Stiftung gestürzt. Man vermutet, daß er beim Oeffnen des Fensters das Gleichgewicht verloren hat. Professor Wülker zog sich bei dem Sturz schwere innere Verletzungen zu, denen er Donnerstagvormittag im Krankenhaus erlag. Der Gelehrte stand im 45. Lebensjahre und war außerordentlicher Professor der Zoologie und erster Assistent am Frankfurter Zoologischen Institut.

37 Verletzte bei einem Eisenbahnunfall. Ein von London kommender Zug stieß mit großer Gewalt auf den Prellbock der Station Eastbourne auf. 37 Personen wurden leicht verletzt, 6 Personen mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Rechtsanwalt aus Rache erschossen. Der frühere außerordentliche Staatsanwalt, Rechtsanwalt Dr. Rhonheimer, wurde bei der Rückkehr in seine Wohnung in Zürich im Garten erschossen. Als Täter kommt ein wegen Betrugs verurteilter Kaufmann in Betracht, dessen Gegenpartei Rhonheimer im Prozeß vertrat.

Drei Kinder verbrannt. In einem Gehöft in der Umgebung von Mailand brach ein Brand aus, bei dem 3 Kinder den Tod fanden. Das Feuer ist vermutlich dadurch entstanden, daß die Kinder in der Nähe eines Holzlagers mit Streichhölzern gespielt hatten.

Skandal in Genf

Genf, 22. Mai.

Julien Luchair, der Direktor des Internationalen Instituts für geistige Zusammenarbeit in Paris, der für die Arbeiten des Völkerbundes nach Genf gerufen worden war, mietete von einem Villenbesitzer in Genf dessen Haus, das er bis zu seiner Rückkehr nach Paris im September 1929 bewohnte. Als der Eigentümer wiedereinzog, stellte er das Verschwinden mehrerer wertvoller Gegenstände, die sich in verschlossenen Kästen befunden hatten, fest. Auf sofortige telegraphische Anfrage antwortete Direktor Luchair, daß ihn die Angelegenheit in keiner Weise angehe. Es wurde dann vom Eigentümer Strafantrag gegen Unbekannt eingereicht.

In der Untersuchung wurde nun festgestellt, daß der Sohn Luchairs, André, und der Chauffeur der Familie die Kästen aufgebrochen und daraus verschiedene Wertgegenstände entnommen hatten, von denen einzelne zerbrochen wurden. Nach dieser Feststellung hat der Eigentümer Sundt nun gegen André Luchair, gegen den Chauffeur Louis Marré und auch gegen die Ehegattin Luchair-Silberstein, welche die Gegenstände, von denen ein Teil verschwunden ist, gebraucht haben sollen, Klage eingereicht.

Das Säuglingssterben in Lübeck

Lübeck, 22. Mai.

Nach einer vom Lübecker Gesundheitsamt ausgegebenen Statistik beträgt die Zahl der nach den Calmetteimpfungen gestorbenen Säuglinge 20, nicht, wie gemeldet wurde, 21. Darunter befinden sich 3, bei denen nicht mit Bestimmtheit die Einwirkung des Calmetteverfahrens festgestellt werden konnte. Erkrankt sind 56 Kinder, 4 davon schwer, auf dem Wege der Besserung befinden sich 13, in ärztlicher Beobachtung 58 Säuglinge, unbekannt ist der Gesundheitszustand von 34, gesund sind 61 Säuglinge.

Letzte Nachrichten.

Nationalsozialistische Volksbegehren in Hessen.

Darmstadt, 23. Mai. Wie man aus parlamentarischen Kreisen erfährt, beabsichtigt die Nationalsozialistische Partei für Hessen wegen der kürzlich erfolgten Verlängerung der Legislaturperiode des Hessischen Landtages um ein Jahr die Einleitung eines Volksbegehrens auf Auflösung des Hessischen Landtages.

Zuverlässigkeitsflug an den befreiten Rhein.

Mainz, 23. Mai. Der Deutsche Luftfahrt-Verband veranstaltet vom 4. bis 7. Juli seinen dritten deutschen Zuverlässigkeitsflug für kleine Sportflugzeuge. In Verbindung mit diesem Uebungsflug findet eine große Kundgebung für das freiwerdende Rheinland statt. Die in Deutschland vorhandenen Sportflugzeuge werden geschmückt mit den Farben des Reiches und der befreiten Gebiete vom 4. Juli ab zu einem Begrüßungsflug antreten und die Hauptstädte des befreiten Gebietes berühren. Die Sammlung der Flugzeuge geschieht am 4. Juli in Köln.

Räumungsbefehl für das Zivil.

Mainz, 23. Mai. Nach einem Räumungsbefehl haben die französischen Zivilangehörigen der Besatzungstruppen bis zum 15. Juni das besetzte Gebiet zu verlassen.

Ein polnisches Flugzeug stürzt in eine Schülergruppe.

Kattowitz, 23. Mai. Am Donnerstag nachmittag fanden auf dem Kattowitzer Flugplatz im Rahmen der Flugpropagandawoche Schauflüge vor mehreren hundert Schulkindern statt. Bei Ausführung eines Loopings stürzte plötzlich der Lemberger Flieger Biala mit seinem Eindecker anscheinend infolge Versagens des Motors aus etwa 50 Meter Höhe in unmittelbarer Nähe des Flugfeldes ab. Zwei Schulknaben wurden von dem Flugzeug begraben, einer der Knaben war auf der Stelle tot, der andere ist schwer verletzt worden. Das Flugzeug wurde vollständig zertrümmert. Biala hat so schwere Verletzungen erlitten, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Kirchenfeindliche Kundgebungen in Spanien.

Madrid, 23. Mai. In Almanda drangen während eines von 2000 Personen besuchten Gottesdienstes mehrere hundert Republikaner in die Kirche und verprügelten die Gläubigen. Als sich diese auf der Straße zu einer Prozession versammeln wollten, stürzten die Demonstranten neuerdings auf sie los und jagten sie auseinander. Der Einwohnerschaft hat sich große Erregung bemächtigt.

Eisenbahnunglück in Spanien.

Madrid, 23. Mai. Auf nicht alltägliche Art ist auf der Strecke Madrid—Toledo ein Zug zum Entgleisen gekommen. Ein Reisender sprang aus dem fahrenden Zug und fiel mit solcher Wucht auf einen Weichenhebel, daß sich die Weiche umstellte. Die ersten Wagen sprangen aus den Schienen. Mehrere Personen wurden verletzt.

Eine Feuerwerkskörperfabrik durch Explosion zerstört.

New York, 23. Mai. Die Feuerwerkskörperfabrik in Tompsonville im Staate Connecticut ist durch mehrere rasch aufeinandern folgende Explosionen vollkommen zerstört worden. Die Aufräumungsarbeiten gestalteten sich ungeheuer schwierig, so daß die Zahl der Toten und Verletzten noch nicht genau ermittelt werden konnte.

Ein Waisenhaus eingeäschert.

New York, 23. Mai. In einem Waisenhaus in der Nähe von Milwaukee brach ein Brand aus, der nach kurzer Zeit das ganze Gebäude in Asche legte, ohne daß jedoch Menschenleben zu beklagen wären. Vorüberfahrende Automobilisten weckten die Kinder, indem sie mit Steinen die Fensterscheiben einwarfen. Alle 26 Wärterinnen und 190 Knaben konnten aus den Flammen geborgen werden, ohne Verletzungen davonzutragen.

Wetterbeobachtungen

Wetteraussichten für Samstag: Vielfach aufgeheitert, Gewitterneigung nachlassend, wieder wärmer.

Wetterbeobachtungen der Aufbauschule Laasphe.

Von heute, 23. 5., 8 Uhr vormittags

Temperatur:		12 °C
Barometerstand:	(gestern 747 mm)	745,5 mm
Feuchtigkeit der Luft:		86 %
Höchste Temperatur	(seit gestern 8 Uhr vormittags):	21 °C
Niedrigste Temperatur	(„ „ „ „ „):	+5 °C
Niederschlagsmenge	(„ „ „ „ „):	1,0 mm

Lichtspiele Westf. Hof Laasphe

Am Sonntag den 25.
nachm. 4¼ und abends 8½ Uhr

der große Kriminalfilm

Unterwelt

Dieser Film schildert nichts anders als eine tatsächliche Begebenheit, die im Polizei-Archiv einer der größten Städte Nordamerikas aufgezeichnet war.

Photogr.-Atelier Kämmereit-Laasphe
täglich — auch abends — geöffnet.



Böcher Reichssportlehrer in China.
Unser vorzüglicher Mittelstreckenläufer Herbert Böcher, der im Herbst v. J. nach der Japanexpedition kurz entschlossen in Mukden als Universitätssportlehrer zurückblieb, hat in der kurzen Zeit seines Wirkens so große Erfolge gehabt, daß er jetzt zum Reichssportlehrer Chinas ernannt wurde.

Böcher, der aus Siegen stammt, ist auch in Laasphe kein Unbekannter, da er bei einer hiesigen turnerischen Veranstaltung mitgewirkt hat.

Bekanntmachung.

Für die in diesem Jahre stattfindende Besichtigung der Flußläufe, womit gleichzeitig die Schau der angrenzenden öffentlichen Wiesengenossenschaften verbunden wird, sind die folgenden Termine festgesetzt:

Dienstag, den 3. Juni 1930.

8½ Uhr Ederbrücke zu Erndtebrück,
9½ Uhr Gemarkungsgrenze Erndtebrück—Womelsdorf,
10 Uhr Gemarkungsgrenze Womelsdorf—Birkelbach,
11 Uhr Gemarkungsgrenze Birkelbach—Aue,
12½ Uhr Bahnhof Aue,
14 Uhr Ederbrücke bei Aue,
14½ Uhr Gemarkungsgrenze Aue—Berghausen,
16½ Uhr Gemarkungsgrenze Berghausen—Raumland,
17½ Uhr Ederbrücke bei Raumland.

Mittwoch, den 4. Juni 1930.

8 Uhr Ederbrücke bei Raumland,
9½ Uhr Gemarkungsgrenze Raumland—Dotzlar.
11 Uhr in Arfeld,
13 Uhr Ederbrücke bei Arfeld,
14 Uhr Schwarzenau,
15 Uhr Beddelhausen.
16 Uhr Kreisgrenze Biedenkopf.

Donnerstag, den 5. Juni 1930.

8 Uhr Mündung der Odeborn in die Eder,
9 Uhr Berleburg.
11 Uhr Schüllar,
12 Uhr Dödesberg.
13½ Uhr Einmündung des Seelbaches,
14½ Uhr Girkhausen,
16 Uhr am Klebebach.

Freitag, den 6. Juni 1930.

9 Uhr Rüppersbach—Rüppershausen,
9½ Uhr vorm Hermannsteg,
10½ Uhr Feudingen,
11 Uhr Feudingerhütte,
11½ Uhr Bermershausen,
12 Uhr Saßmannshausen,
13½ Uhr Friedrichshütte,
15 Uhr Einmündung des Banfebaches,
16 Uhr Laasphe, Laasphebach — Einmündung in die Lahn,
17 Uhr Gemarkungsgrenze Laasphe—Niederlaasphe,
18 Uhr Kreisgrenze Biedenkopf.

Die Vorstände der in Frage kommenden Wiesengenossenschaften werden ersucht, an den Terminen teilzunehmen. Ich erwarte, daß die etwa noch rückständigen Unterhaltungsarbeiten nach Möglichkeit vollendet werden.

Berleburg, den 14. Mai 1930.

Der Landrat. I. V.: Martin.

Ihre Vermählung geben bekannt:

Pfarrer Erwin Lorentz
Elli Lorentz, geb. Doerr.

Feudingen, 23. Mai 1930.

Betr.: Gewerbeertragssteuererklärungen 1930.

Hiermit erinnere ich nochmals an die Einreichung der Gewerbeertragssteuererklärungen für 1930 **bis zum 31. Mai 1930.**

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit einem Zuschlag bis zu 10 v. H. des festgesetzten Steuergrundbetrages herangezogen werden.

Laasphe, den 21. Mai 1930.

Der Vorsitzende des Gewerbesteuer-Ausschusses Laasphe:
Pränger, Bürgermeister.

Sommer-Sprossen

auch in den hartnäckigsten Fällen, werden in einigen Tagen unter **Garantie** durch das echte und unschädliche Teintverschönerungsmittel **„Venus"** Stärke B **beseitigt. Keine Schälkuren.** Pr. Mk. 2,75. Gegen **Pickel, Mitesser** Stärke A.

Wittgst.-Drogerie M. Hintz, Laasphe.

Für die bevorstehende Saison empfehlen wir unseren schönen, blauweißen

Gartenkies

(Quarz-Grauwacke) in Körnung 6/18 mm zum waggonweisen Bezug.

Außerdem geben wir aus laufender Produktion ab:

Gewaschenen Betonkies
in bestgeeigneter Mischung von 2-6 und 18-30 mm, sowie
Pflaster- und Straßensand
in Rostspatqualität.

Gewerkschaft Eisenzecher Zug,
Eiserfeld (Sieg.)

Frischer Spargel

I. Sorte	90	Pfg.
II. „	65	„
III. „	30	„

Blumenkohl		65 u. 70	Pfg.
Kopfsalat, schwere Köpfe	10	„ 12	„
Spinat	Pfd. 10	„ 12	„
Melde	Pfd.	10	„

Schlangengurken, großen Wirsing, Rhabarber, Radieschen, Tomaten, große Auswahl Apfelsinen, Aepfel, Citronen, Bananen, frische Landbutter und Landeier

empfiehlt

H. Seibel, Laasphe
Fernsprecher 67.

V. f. B. Banfe.

Samstag den 24. d. Mts., abends 8.30 Uhr

Monats-Versammlung

im Vereinslokal.

Der Vorstand.

20 Mk. Belohnung

demjenigen, der den oder die Täter, welche eine Privatbank im Eichkämpchen völlig demolierten, so angibt, daß gerichtliche Bestrafung erfolgen kann.

Meldungen an die Geschäftsstelle der Wittgensteiner Zeitung erbeten.

Infolge Familienfeier bleibt meine **Wirtschaft** am **Sonntag den 25. Mai geschlossen.**

Benfe, den 23. Mai 1930.

Karl Althaus.

Der Schmied von Murbach

51] Roman von Leontine v. Winterfeld-Platen.

(Nachdruck verboten.)

Den Ilmfelder reißt es hoch.

Seine Knie zittern, als er ihr entgegengehen will. Nur das eine brauste unablässig durch sein pochendes Herz und Hirn: „Sie lebt und ist dir nahe!"

Und in beide Knie sinkt er vor der Grantnertochter und beugt sein junges blondes Haupt.

Sie hat sich wohl erschrocken, daß er da so plötzlich vor ihr steht — und läßt all die leuchtenden Frühlingsblumen niederfallen auf den Knienden.

Aber dann zieht ein süßes, weiches Lächeln um ihren herben, schmalen Mund. Und sie legt ihm beide Hände auf das blonde Haar, so wie gestern seine Mutter tat, als er auf dem Armsünderbänklein saß. Und sagt mit leiser Stimme, wie aus fernem Traum heraus:

„Ich habe schon so lange auf Euch gewartet, Ulrich Ilmfelder, wo wart Ihr nur?"

Jetzt hebt er den vollen, klaren Blick empor zu ihr und kann sich nicht satt sehen an ihrem Angesicht.

Und sagt in all seiner Seligkeit und Verwirrung weiter nichts als nur das eine:

„Ich danke Euch auch noch für das güldene Kreuz."

Ein feines Rot geht über ihre blassen Wangen.

Sie beugt sich zu ihm herab und sagt weich:

„Hat es Euch denn ein wenig gefreut?"

Da nimmt er ihre beiden Hände, die auf seinem Haupte liegen, und zieht sie an seine Lippen.

„Es liegt auf meinem Herzen Tag und Nacht."

Sie, läßt ihm ihre beiden Hände und sagt ganz leise:

„Du lieber, lieber Bub! Daß ich dich wieder hab'!"

Er kniet noch immer. Sein Gesicht in den Falten ihres Kleides.

„Ich habe mich so gesehnt nach dir, Edula. Und war voll großer Not und Qual, daß du an der Seuche gestorben seist."

„Die Heiligen haben ein Wunder getan und mir das Leben wiedergeschenkt. Aber stehe auf, Bub. Was sollen die vom Bürglein denken, wenn sie dich so knien sehen vor mir."

„Ich knie hier, Edula, bis du mir ein Wörtlein sagst. Ein Wörtlein, das meine Lippen nicht zu nennen wagen. Ich will dann auch gehen, weit, weit in die Lande und nie wieder kreuzen deinen Pfad. Denn ich bin ja nur ein armer Waffenschmied — und du eines Bürgermeisters und Ratsherrn stolzes Kind."

Da neigt sie sich tief herab zu ihm und legt ihre Wange auf sein blondes Haar. Und streift mit ihren Lippen zart und innig seine hohe, stolze Stirn.

„Ich liebe dich, Ulrich Ilmfelder, und gehe mit dir, wohin du willst." — —

*

Im Frauenkloster zu Engelparthen schleichen die Nonnen auf leisen, leisen Sohlen. Denn es geht zu Ende mit ihrer Aebtissin. Letzte Spätsommerstrahlen blinken golden durch das vergitterte Zellenfenster. Denn es sind etliche Monate vergangen seit jenem blühenden Lenztag auf dem Bürglein damals. Und es hat sich manches verändert in und um Gebweiler.

Am Lager der Aebtissin sitzt eine der Nonnen und hält Wache. Der Priester mit dem Sterbesakrament ist schon dagewesen, aber Schwester Kordula kann noch keine Ruhe finden. Immer wieder wendet sie den müden Kopf zur Tür, und ihre Augen schauen sehnsüchtig in die Ferne. Bis endlich die Tür sich öffnet und der junge Ilmfelder leise über die Schwelle tritt. Da tasten die zitternden Hände der Aebtissin ihm entgegen, und ein seliger Ausdruck fliegt über ihr Gesicht.

„So kommst du doch noch, mein Bub, daß deine Mutter dich segnen kann?"

Er kniet an ihrem Lager und neigt den blonden Kopf.

„Ich habe deine Botschaft bekommen, Mutter, und eilte mich, so sehr ich konnte."

Sie richtete sich ein wenig empor vom Lager und preßte seine beiden Hände.

„Nun sprich mir noch von deinem Leben, mein Kind, damit ich ruhig scheiden kann. Und ob du bald heimkehrst in deine Vaterstadt?"

„Ja, Mutter, noch vor der Weinlese. Ich arbeite in Breisach unten bei einem großen Meister. Und mache im Herbst mein Meisterstück."

Sie sah ihn aufmerksam an. „Und dann?"

Ein feines Rot flog über sein freies, offenes Gesicht.

„Hat Edula es dir nicht erzählt? Dann wird uns Bruder Ebbo zusammentun in der St. Leodegarkirche. Und wir halten Einzug im alten Grantnerhause am Marktplatz."

Sie lehnte sich müde hintenüber und faltete die Hände.

„Wenn Eiring Grantner das noch erlebt hätte!"

„Dann hätte es nie sein können," sagte er ernst, und ein tiefer Atemzug hob seine Brust. Sie nickte. „Du hast recht. Gottes Wege sind so wunderbar und gerecht. Daß der Grantner schließlich doch noch an der Pest erkranken und sterben mußte, vor der er so ängstlich geflohen, und die bei seiner Heimkehr doch schon erloschen war, das ist ein Strafgericht des allmächtigen Gottes."

„Ja, Mutter, ich wollte es auch nicht glauben zuerst. Nun darf ich in Gebweiler bleiben und hier ein Waffenschmied und Gildemeister werden, wie ich es ersehnt. Und vielleicht als Ratsherr noch einmal viel Gutes tun für meine arme Vaterstadt, die ich durch die Pest in so große Not gebracht."

Sie strich wieder weich über seine Hände.

„Und du wirst glücklich werden, Bub. Denn Edula Grantner wird dein Weib. Und sie hat dich unsäglich lieb. Oh, mein Herre Gott, wie danke ich dir, daß ich so ruhig sterben darf!"

Wieder öffnete sich leise die Tür. Und an das Lager der sterbenden Aebtissin trat Edula Grantner. Sie hatte nicht mehr die schmalen, blassen Wangen und den müden, traurigen Blick wie im Lenz. Froh und aufrecht ging sie, ein Leuchten in den tiefen, dunklen Augen. Einen Strauß purpurner Rosen legte sie der Kranken auf die Decke. Dann kniete sie neben dem Ilmfelder nieder und sagte leise:

„Nun segne uns, Mutter."

Ueber das Antlitz der Sterbenden ging ein Lächeln. Und indes die Schwester sie stützte, legte sie beide Hände auf die Häupter ihrer Kinder.

Durch die Ulmenkronen vorm Fenster ging der Abendwind.

Draußen auf der Straße zog ein Trupp Laienbrüder vorüber, die aus den Weinbergen kamen. Sie hatten ihr Arbeitsgerät geschultert und sangen mit starken, tiefen Stimmen:

„Dein Wort unsre Wehr,
Dein Nam' unsre Ehr,
Dein Gnad' unser Licht:
Christ, fürchte dich nicht!"

— Ende. —